

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

20.3.1866 (No. 67)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. März.

N. 67.

Vorauszahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 17. März. 5. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Anwesend das gesammte Staatsministerium.
Nach der in der letzten Nummer unseres Blattes wiedergegebenen Erklärung des Hrn. Staatsministers der Justiz auf die Interpellation des durchlauchtigsten Fürsten zu Löwenstein in ergriff

Staatsrath Dr. Lamey das Wort: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! So bescheiden die Begründung gewesen ist, welche von Sr. Durchlaucht dem Hrn. Fürsten zu Löwenstein gegeben worden ist, und so sehr ich vielleicht zu seinem Erfassen erklären kann, daß ich im Wesentlichen damit einverstanden bin und nur die zu starke Verzeichnung dessen, was man kirchliche Ueberzeugung nennt, bestreite; so sehr auch daraus hervorgeht, daß Sr. Durchl. Fürst zu Löwenstein von einem Mißverständnis dessen, was ich in der Sitzung vom 9. Dez. v. J. gesagt habe, befangen ist — ein Mißverständnis, hervorgerufen durch Ausführungen meiner Worte von Seiten einer Menge Personen, die dadurch einen Diebstahl an dem Ausdruck meiner Gefühle, an meiner innigsten Persönlichkeit begangen haben, so bin ich dennoch außer Stand, diese Interpellation, da sie gegen mich gestellt ist, so leicht zu nehmen. Sie ist eine Sonderbarkeit, die noch nicht vorgekommen ist in einem konstitutionellen Staat, und auch noch nicht bei uns. Allein warum soll in unserm Lande keine Sonderbarkeit vorkommen? Die Sache ist jedoch anders. Wenn ich die Geschichte dieser Interpellation betrachte, so fühle ich mich durch meine Ehre, die Ehre des Landes und des hohen Hauses genöthigt, eine Frage über den Sinn der Interpellation zu richten. Die Sache liegt nicht so, daß die H. Abgeordneten allein die Regierung fragen können, sondern ich glaube, auch die Regierung kann das Recht in Anspruch nehmen, über den Sinn der Interpellation zu fragen. Es kann einer solchen Interpellation eine bloße Neugierde zu Grunde liegen, um über irgend eine Sache die Aufstellung einer Theorie zu erwarten; diese Neugierde soll da Befriedigung finden, wo sie sie finden kann; allein es kann auch eine gewisse Tendenz zu Grunde liegen, und wenn dies aus der Begründung Sr. Durchl. des Hrn. Fürsten zu Löwenstein nicht hervorgeht, so geht es doch aus der Geschichte hervor, die diese Interpellation nach meiner Erfahrung hat. Ich will nicht davon sprechen, daß die ausgesprochenen Worte in der angebotenen Weise mißdeutet, gegen den klar vorliegenden Zusammenhang verdröht und mißbraucht worden sind, sondern davon, daß in einem Blatt, das ich hier habe, diese Interpellation in einer etwas seltsamen Weise unterm 25. Febr. angekündigt worden ist. Es ist dies der „Badische Beobachter“; ich lese in diesem Blatt folgende Stelle:

„Ist es wahr: das wahre Gewissen des Landes sei das Gesetz; das sei das öffentliche Gewissen, und wer daneben und darüber hinaus ein Privatgewissen besitzen wolle, müsse eben zahlen?“ Ist dieser Satz an sich ein richtiger Staatsgrundsatz? Ist dieser Satz im Einklange mit der badischen Verfassung? War es passend und wohlthätig, vom Ministerium vor der Ersten Kammer unter den jetzigen Verhältnissen einen solchen Satz als Regierungsbasis in einer Religionsfrage auszusprechen? Ist dieser Anspruch zu entschuldigend, wenn man bedenkt, daß die Sitzungen des badischen Parlaments bei Tag und meist sogar vor Tages gehalten werden? Kann ein Staatsministerium eine solche Aeußerung ignoriren, ohne dem Satz zu verfallen, daß als bestimmend erachtet wird, wer in einem Fall schweigt, in welchem er zu reden Gelegenheit und Pflicht hat? Würde das Staatsministerium Hrn. Staatsrath Lamey nicht zum Widerruf oder Austritt bestimmen, andernfalls seine Entlassung nehmen?

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich werde die Frage nicht erörtern müssen, ob Das, was ich eben verlesen habe, mit dem öffentlichen Gewissen übereinstimmt, oder ob Derjenige, der es geschrieben hat, Anspruch auf ein Privatgewissen hat; allein die Frage ist zu erörtern, ob zwischen der bizarren Seltsamkeit der Interpellation und den Einzelheiten dieses Artikels nicht ein Zusammenhang besteht und eine Beziehung zwischen Beiden gefunden werden kann. Ich habe hier das Protokoll der Sitzung vom 9. Dezember 1865 liegen; allein es würde zu weit führen, wenn ich es vorlesen wollte, und zudem waren, wenn ich nicht irre, alle Mitglieder des hohen Hauses anwesend, mit Ausnahme des Hrn. Interpellanten. Es war damals davon die Rede, daß man mit den Menschen, wenn sie eine Staatspflicht nicht erfüllen wollen, Rücksicht haben solle. Ich habe einige Beispiele angeführt von Steuer- und Zollgewissen und daran die Bemerkung geknüpft, weil doch vom Gewissen die Rede war, daß das Gesetz das öffentliche Gewissen wäre. Ich habe diesen Satz aber nicht als besondern Staatsgrundsatz aufgestellt, sondern es war ein vorübergehender wahrer Gedanke, ein bon mot, den mir, wie ich glaube und fest überzeugt bin, ein guter Geist eingegeben hat.

Nun steht aber in der Interpellation Sr. Durchl. des Hrn. Fürsten zu Löwenstein, daß ich diesen Satz als allgemeinen Staatsgrundsatz aufgestellt habe, und in dem citirten Artikel des „Bad. Beobachters“ gleichfalls. Es ist ferner in

dem „Beobachter“ gesagt, daß das Staatsministerium sich mit diesem wichtigen Ausspruch beschäftigen solle, wie wenn wir im Staatsministerium nichts Wichtigeres zu thun hätten, als uns mit der Reproduktion der Diskussion der beiden Häuser zu beschäftigen, und auch hier könnte man eine Interpellation stellen, warum es sich nicht damit beschäftigt hat. Da nun die übrigen Sätze sehr klar sind, der Geist der Interpellation aber nicht, im Gegentheil in dieser Interpellation eine Anklage gegen meine Aeußerung enthalten ist, so kann ich auch die Erklärung fordern, und zwar ganz unzweideutig, ob ich bei dieser Gelegenheit etwas gesagt habe, was der Würde des hohen Hauses oder der Ehre eines einzelnen Mitgliedes zu nahe tritt. Da nur unter dieser Bedingung meines Dafürhaltens die ganze Anfrage einen Sinn hat, so werde ich berechtigt sein, mir eine Antwort darauf von Sr. Durchlaucht zu erbitten, in welchem Sinne diese Interpellation gestellt wurde.

Fürst zu Löwenstein: Seine Anfrage gehe dahin, ob das Ministerium auf der Basis des christlichen Staates, der das göttliche Gesetz über sich anerkennt, oder auf dem Standpunkt des Hrn. Staatsraths Lamey stehe, welcher von Christus und Gott Nichts wissen will.

Staatsrath Dr. Lamey: Nun ist mir klar, durch welche Quellen die christliche Aeußerung Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Löwenstein getrieben worden ist, daß er sich berufen fand, eigens hier zu reisen, und diese Interpellation zu stellen. Aus der jetzigen Fassung der Interpellation geht hervor, daß das Mißverständnis des durchlauchtigsten Interpellanten einzig und allein darin beruht, daß er dem Journalen- und Pamphletenthum allzu sehr Glauben geschenkt hat.

Bei dem hier angegriffenen Ausdruck sei er geleitet worden vom Geiste des hochedeln Gründers unserer Verfassung, weiland Karl Friedrich, und der Grundgedanke seiner Worte sei ja auch von der Kirche, wenn umgekehrt, stets urgirt worden. Darüber, daß Hr. Bischof v. Ketteler seinen Ausspruch einer Schmähschrift würdig, ihn zur Tendenz des ganzen Staatsministeriums stempelt und nach der bewunderungswürdigsten Verdrehung desselben unsern Staat als religions- und gottlos darstellt, darüber läßt sich Nichts sagen. Bis jetzt ist unter moderner Staat, Gott sei Dank, das nicht, wie er in der genannten Broschüre dargestellt wird. Mag immerhin der ehrwürdige Hr. Verfasser gegen einen Feind, der aus der Reihe der Jahrhunderte herausgewachsen, ankämpfen und in seiner Weise fortpolemisiere, es bleibt ihm unbenommen.

Mit den Worten: „Das Gesetz ist das öffentliche Gewissen,“ habe er gesagt, das Gesetz muß gehalten werden, und man es nicht habe er damit nicht gesagt. Er habe nicht damit ausgesprochen, daß das öffentliche Gewissen auch das religiöse sei, obgleich es das sittliche Aller sein sollte. Wenden wir den Satz in entsprechender Aenderung auf die Kirchengesetze an, wird er dann bestritten werden? Dann habe er sicherlich nur Etwas gesagt, was der Kirche sehr angenehm sei, und an eine philologische Deuterei werde gewiß nicht gedacht.

Den ausgesprochenen Satz habe er stets verteidigt, und zu einer Zeit besonders dargelegt, daß er an Denen, welche die in ihnen gärende Revolution der Regierung in die Schube schoben, die unredliche Gefinnung oder Selbsttäuschung am meisten tadelte, und das habe er auch dieser Partei gegenüber mit aller Entschiedenheit gethan. Damals habe er auch nur diejenigen aus ihres Charakters willen für achtbar erklärt, welche offen bekannnten, daß sie gegen das Gesetz handeln, und auch die erfolgte Strafe als gerecht erkannten.

Fürst v. Stöckingen: Er habe in der Sitzung vom 9. Dezember v. J. behauptet, er gelte keine politischen Versammlung, keinem Parlament der Welt das Recht zu, in Religions- und Gewissensfragen durch Majoritätsbeschluß zu entscheiden. Er sei vor Allem dem Hrn. Fürsten zu Löwenstein dankbar für die Gelegenheit, jetzt auf dieses Thema zurückkommen zu können. Der christliche Staat anerkennt über sich das göttliche Gesetz an und hält sich damit nur in seiner Rechtssphäre. Im christlichen Staat ist ein Widerspruch zwischen ihm und dem Gewissen nicht denkbar, im modernen dagegen gilt nur das Gesetz, welches aus der Majorität der Kammern hervorgegangen, und dadurch entsteht ein Konflikt zwischen dem göttlichen und dem bürgerlichen Gesetz. Im modernen Staat wird stets Der der beste Bürger sein, der sich unter allen Umständen dem Gesetz fügt; dadurch entsteht eine Charakterlosigkeit, die in kurzer Zeit zum Verderben des Staats führen muß. Wenn dieser Satz wahr ist, so ist die persönliche Freiheit und der moralische Werth in Frage gestellt. Zur Zeit der Revolution hat man uns, die wir an diesen Satz in seiner Allgemeinheit nicht glauben, loyale Bürger genannt, und jetzt, da wir uns auf die Proklamation vom Jahr 1860 berufen, wird uns vorgeworfen, daß wir den Staat umstürzen wollen. Hinsichtlich der Inquisition ist geschichtlich, daß diese eine Staatsanstalt war und von Rom bekämpft wurde.

In der Allgemeinheit, wie der vorliegende Satz besteht, werde ich gegen denselben protestiren und bitte das hohe Haus, zu Protokoll zu erklären, es könne diesem Grundsatz in dieser Allgemeinheit nicht beitreten.

Fürst v. Andlau stimmt aus dem Grund seiner Seele

den Anschauungen des durchl. Hrn. Interpellanten bei. Wenn der Hr. Staatsminister behauptet, dieser Grundsatz stehe seit 60 Jahren in Wirksamkeit; er müsse nur dauern, daß er 60 Jahre unter dessen Herrschaft gelebt habe. Die Folgerungen, die jetzt aber daraus gezogen werden, werde er stets bekämpfen. Die einzige Deutung, die man den Worten des Hrn. Staatsraths Lamey geben kann, ist, daß das Gesetz gewissermaßen bestimmt sei, das Gewissen zu erregen. Nichts könne für die menschliche Gesellschaft verderblicher sein, als dieser Grundsatz in einer unbeschränkten Ausdehnung; er sage dies mit Schmerz, weil man demselben schon eine praktische Anwendung gegeben habe.

Das Gewissen ist das einzige lebendige Gesetz; das menschliche hingegen greift zu der Fiktion, daß Jeder gehalten sei, es zu wissen. Wie könne man dem menschlichen Gesetz das Recht auf einen solchen Zwang zuerkennen, daß es das göttliche überbiete. Ohne Gewissen gebe es kein Recht, zu strafen und kein Wissen, daß man gefehlt habe. Redner citirt zur Beleuchtung des Verhältnisses zwischen Gewissen und Gesetz eine Stelle aus Cicero und verucht nachzuweisen, daß dieser große Redner in dieser Frage einer Meinung mit ihm sei.

Geh. Rath Bluntschli erachtet eine Diskussion über Prinzipien für unfruchtbar. Der Gesetzgebende Körper habe es mit praktischen Dingen, mit Staatsakten zu thun, und insofern gehöre die Interpellation nicht hierher. Allein hier falle noch ein anderes Moment in die Waagschale, der Nutzen, der aus dieser Diskussion, in welcher sich zwei große prinzipielle Gegensätze um die Herrschaft streiten, gezogen werde. Die Lust muß von Zeit zu Zeit von den bösen und dunkeln Dünsten gereinigt werden.

Seine Meinung in der vorliegenden Streitfrage sei kurz die: es herrschen zum Theil gründliche Mißverständnisse auf der einen Seite vor, zum Theil aber ist auch ein Gegensatz da, der offen dargelegt werden muß. Der Auffassung des Hrn. Vorredners von der Aeußerung des Hrn. Staatsraths Lamey müsse er als einer irrigen entschieden entgegentreten. Der Gesetzgeber spricht aus, was zur gegebenen Zeit Recht ist, indem er sich bezieht auf das im Volk lebende Bewußtsein von Recht und Unrecht. Dieses Bewußtsein aber ist gerade das öffentliche Gewissen. Das hat Hr. Staatsrath Lamey mit seinen Worten ausgedrückt und nichts Anderes damit sagen wollen. Er habe nur staunen müssen, mit welcher unbegreiflicher Leidenschaft diese Aeußerung, deren Grundgedanke doch so unverwerflich sei, aufgefaßt wurde, und eine Bewegung im Gefolge hat, die auf nicht weniger als die Beseitigung des ganzen Ministeriums hinfiele. Doch müsse er feststellen, daß der Kampf und die Beunruhigung nicht vom Volk des Landes herkomme, sondern von außen. Zuerst sei vom Bischof in Mainz, Hr. v. Ketteler, eine Broschüre erschienen über den mehrgenannten Satz des Hrn. Staatsraths Lamey, in der eine wirklich bodenlose Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse unseres Landes geäußert ist, so daß jeder Badener, dem dieses Geistesprodukt zu Gesicht kommt, sich staunend fragen muß, ob er wirklich in diesem Lande wohne und eine solche Umwälzung habe vor sich gehen können. Der Unterschied zwischen dem tatsächlichen Zustand in Baden und den Bildern der Ultramontanen darüber, deren getreue Zeichnung er (Redner) in der bewußten Schrift niedergelegt glaube, sei so groß, daß er sich habe fragen müssen: kann es Leute geben, welche die Dinge wirklich so schwarz sehen! Doch schließlich sei ihm die Ueberzeugung geworden: gewisse Leute sehen eben Alles mit andern Augen. In der Seele des Verfassers müsse Etwas schwarz sein, sonst hätte sie ein so düstres Bild nicht schaffen können. Er habe das Unglück, sein ganzes Leben diesem modernen Staat gewidmet zu haben, und hoffe mit Zuversicht, daß derselbe sich mehr und mehr Bahn breche; darin bestehe der Kardinalunterschied zwischen seinem und dem Ideal des Hrn. v. Stöckingen und Andlau, wie des durchl. Fürsten v. Löwenstein. Es wird darin behauptet, der moderne Staat sei gottlos, heidnisch, ja schlimmer als das. Dieser Vorwurf ist jedenfalls ungerecht. Der moderne Staat ist wesentlich gebaut auf die menschliche Natur und Einsicht, ist keine Theokratie mehr; freilich, wenn die Herren diese wünschen, dann müsse er nur sagen: Gottlob, daß wir diesen Standpunkt überwunden haben. Der moderne Staat werde gottlos genannt, und doch sei er unter Gottes Schutz groß geworden. Der praktische Sinn des Satzes, der moderne Staat sei ohne Gott, ist aber der: der moderne Staat sei nicht mehr unter der Leitung der Kirche. Die Kirche setze man gar zu gern an die Stelle Gottes. Alle modernen Völker, die einen früher, die andern später, haben sich von der geistigen Leitung und Vormundschaft der Kirche emanzipirt. Daran halten wir fest und sind nicht geneigt, den modernen, mündig gewordenen Staat in die frühere Abhängigkeit zurückzuführen zu lassen.

Der Hr. Bischof Ketteler behauptet ferner: „Was uns Christen Gott in seinem ewigen, unendlichen Wesen ist, das ist einem echten Kind der Neuzeit, einem Volkstheoretiker der neuen Aera, der Staat, bezw. die Partei, die augenblicklich den Staat regiert, also im letzten Grund die schwankende Kammermajorität.“ Er behauptet, der moderne Staat sei der vollendete Absolutismus, er kenne nichts Höheres, keine gött-

liche Ordnung, kein Gewissen. Wahr, gut, gerecht, schön sei ihm nur das Gesetz, d. h. der Wille der Majorität." Der Hr. Bischof Ketteler ist ein geistreicher, dialektisch gebildeter Mann; ich zweifle nicht, daß er in theologischen Dingen, in der Lehre der Kirchenväter, sehr unterrichtet ist. Obwohl Redner vermuthet, daß die Ansichten in der Broschüre, soweit sie das protestantische Prinzip der individuellen Gewissensfreiheit verteidigen, in den Augen einer strenger katholischen Schule als sehr bedenklich erscheinen und vielleicht als häretisch erscheinen werden, will er sich darauf nicht weiter einlassen, denn das geht uns politisch nichts an. Aber ich erlaube mir, zu sagen, der Hr. Bischof versteht von dem modernen Staat nichts. Jeder modern gebildete Student weiß das besser, als er. Wenn ich die völlige Unkenntnis vom modernen Staat, die durch die Broschüre durchgeht, erwäge, so ist mir neuerdings daraus klar geworden, welche große Fehler der moderne Staat in neuerer Zeit begeht, indem er die Erziehung und Bildung der Männer, die berufen sind, die Kirche zu leiten, so wenig überwacht. Die jungen, ausschließlich kirchlich erzogenen Geistlichen treten in ihren Beruf ein, ohne eine Vorstellung zu haben vom modernen Kultur- und Staatsleben. Sie werden erzogen, wie wenn wir heute noch im Mittelalter lebten. Jeder Gebildete weiß, daß der moderne Staat sich gerade dadurch vom antiken Staat unterscheidet, daß jener relativ ist und dieser absolut war. Der antike Staat war Alles in Allem, der moderne Staat dagegen will nur in einem bestimmt abgegrenzten Gebiet herrschen, in dem des Rechts, der gemeinsamen Wirtschaft, der Politik. Der moderne Staat weiß, daß ihm auf dem religiösen Gebiet keine Herrschaft zukomme, und überläßt die Sorge dafür der Kirche. Der moderne Staat erkennt auch die individuelle Freiheit an, er hütet sich, in dieselbe einzugreifen, er will sie nur schützen. Aber in diesem beschränkten Gebiet erkennt er auch keine andere Macht an; da behauptet er seine Souveränität. Der Hr. v. Ketteler spricht auch von einer Souveränität der Individuen und beruft sich darauf dem Staat gegenüber. Ich war überrascht, in der Schrift des Hrn. v. Ketteler diese jacobinische Lehre wieder zu finden. Wenn die Einzelnen und daher auch die Menge der Einzelnen souverän sind, dann haben wir die Revolution im Prinzip. Souveränität ist ein staatsrechtlicher Begriff und kommt nur dem Staate zu, denn Souveränität bedeutet Hebel und Macht über Andere. Die Individuen haben einen Anspruch auf Freiheit, aber nicht auf Souveränität.

Eben so auffallend sind die Aeußerungen über die Gewissensfreiheit. Er behauptet, der moderne Staat unterdrücke dieselbe. Eine ärgere Umdeutung der Wahrheit ist mir nie vorgekommen. Die ganze Geschichte lehrt, daß die persönliche Gewissensfreiheit zuerst durch den modernen Staat anerkannt und geschützt worden ist. Im Mittelalter, als die Weltansicht des Hrn. v. Ketteler herrschte, gab es keine Gewissensfreiheit, sondern statt derselben die Inquisition. Wenn sich Jemand im Gegensatz zur Autorität der Kirche auf sein individuelles Gewissen berief, so wurde er darin nicht geschützt; sondern schließlich auf den Scheiterhaufen gebracht und verbrannt. Wenn auch nach der Ansicht des Hrn. v. Stöckingen die spanische Inquisition eine Staatsanstalt war, so ist doch nicht zu läugnen, daß die Inquisition schon im 12. Jahrhundert zuerst von der Kirche eingeführt ward, und daß die spanische Inquisition nicht dem modernen Staate, sondern einem von der Kirche geistig beherrschten zur Last fällt. Der moderne hat überall, wo er zur Macht gelangte, die Inquisition und jede Bedrückung des Gewissens abgeschafft.

Es gab eine Zeit, als die Welt nach ultramontanen Prinzipien regiert wurde, und die Theorien von Innocenz III. mehr oder weniger praktisch waren. Im Mittelalter hatte man versucht, das Ideal zu verwirklichen, welches neuerdings in der ultramontanen Schule wieder erweckt wird. Es war das jene Zeit, in der der Papst an der Spitze der Welt stand und tief unter ihm die Könige und die Staaten; in welcher der Klerus die gesammte Laienwelt hoch überragte; es war das die Zeit, wo das Land mit Klöstern und Burgen übersät war, wo es aber keine Straßen gab, als die Bürger sich nur in ihren Mauern sicher fühlten, die Bauern bloße Inventarstücke einer Gutsherrschaft waren, und die Freiheit des Aeckers vorzüglichlich als Faustrecht bewährte. Damals gab es wohl Stände, aber keinen Staat; der Fortschritt der Weltgeschichte hat dieses Ideal verurtheilt. Der Versuch, dasselbe praktisch zu machen, ist unglücklich ausgefallen. Die heutige Welt will nichts mehr von Theokratie. Ihre Staatslehre gründet sich nicht mehr auf die jüdische Gesetzgebung, die weit zurückreicht, selbst hinter den heidnischen römischen Recht.

Auf dem Gebiet der Religion hat das Christenthum seine volle Berechtigung. Das Recht und der Staat aber bestehen nicht bloß für die Christen, sie sind ihrem Wesen nach menschlich. Wenn sich der Hr. v. Andlaw auf die Autorität von Marc. Tull. Cicero berief, so war bekanntlich Cicero kein Christ, sondern ein Heide; der moderne Staat findet die geistigen Quellen seiner Ordnung überall in dem Leben der Völker und ist verwachsen mit der modernen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, die sämmtlich nicht mehr unter der Vormundschaft des Klerus stehen. Würde man morgen versuchen, diesen Staat, der in der ganzen gebildeten Welt einen so guten Namen hat, obwohl er von Hrn. v. Ketteler als eine Tyrannei verunglimpft wird, die schlimmer sei als die der Jakobiner, der Leitung seiner Partei zu überliefern, so würde übermorgen diese Herrschaft als unerträglich wieder abgeschüttelt.

Hr. v. Stöckingen: Hr. v. Ketteler, Bischof von Mainz, kennt die Stimmung unseres Landes genau, und hat es in seiner Schrift genügend dargelegt. Er müsse nur bedenken, daß dieser ehrenwerthe Mann in ungerechter Weise angegriffen werde. (Schluß folgt.)

† Karlsruhe, 19. März. 6. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 22. März, Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Interpellation des Hrn. v. Göler an den Präsidenten des großh. Ministeriums des Innern in Betreff des evangelisch-protestantischen Predigerseminars zu Heidelberg.

3) Berathung der Berichte der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1862 und 1863: a) des großh. Justizministeriums, erstattet vom Oberhofgerichtsadvokaten Dr. Bertheau; b) des großh. Finanzministeriums, erstattet von Artaria; c) der Post-, der Eisenbahnbetriebs-, der Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung und des Antheils der großh. Staatskasse am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn, erstattet von Dennig; d) des großh. Kriegsministeriums, erstattet von Geh. Rath Dr. Blunck. 4) Berichte der Petitionskommission. 5) Vorname einer Ersatzwahl für die Kommission wegen der Gesekentwürfe, die Ministerverantwortlichkeit betr.

† Karlsruhe, 19. März. 18. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 20. März, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Kirsner über den Gesekentwurf, „den Bau einer Eisenbahn von Rastatt nach Gernsbach betreffend.“

Deutschland.

Karlsruhe, 19. März. Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl von Baden ist vorigen Freitag den 16. d. M. von seiner Reise nach Wien hieher zurückgekehrt und traf mit dem Schnellzug Nachmittags 2 Uhr 10 Min. in Karlsruhe ein.

Kassel, 17. März. Die offiziöse „Kassel. Ztg.“ theilte gestern den Beschluß der Ständeversammlung mit und weist die darin erhobenen Vorwürfe gegen die Regierung zurück. Nicht diese befinde sich im Widerspruch mit dem Bundesbeschluß, sondern die Ständeversammlung; nicht gegebenes Fürstenthum sei unerfüllt geblieben, sondern von Seiten der Ständeversammlung die feierliche Zusage der Verpfändlichkeit nicht eingelöst und daher ein befriedigender Abschluß des Verfassungstreites noch nicht erzielt worden. Der Vorwurf einer Vernachlässigung der geistigen und materiellen Interessen des Landes könne nur erhoben werden, indem man nicht beachte, was die Regierung thue und was sie gethan habe. Neues sei an der Verfassung nicht, denn Dasselbe sei außerordentlich schon vor fünf Vierteljahren in der Adresse ausgesprochen worden. Neu sei nur die Ministeranfrage wegen Nichtbeachtung des auf Veranlassung der Bundeskommission und mit nachträglicher Genehmigung des Bundes erlassenen provisorischen Gesetzes über das Oberappellationsgericht; aber — so versichert das offiziöse Blatt — der Ausgang dieser Anfrage werde für die Opposition ein Rückschlag sein.

Eine auf morgen anberaumte Bürgerversammlung, welche der erlassenen Einladung gemäß den Zweck hatte, festzustellen, ob die Bürger Kassels den jüngsten Ständebeschluß zustimmen, ist polizeilich verboten worden.

Hamburg, 17. März. Nach dem „Nendb. Wochenbl.“ ist die Ueberwachung der Zeitungen im Herzogthum Schleswig verschärft worden. Die „Alt. Nachr.“ melden die Verabschiedung mehrerer Zollbeamten in Schleswig.

Aus Schleswig-Holstein. Ueber die Vorfälle bei der Besetzung des Prinzen von Roer liegen nunmehr ausführliche Mittheilungen vor, die das bereits Gemeldete in allen Theilen bestätigen. Wir entnehmen einem Bericht des „Frei. Journ.“ Folgendes:

Am 14. März erfolgte die Besetzung der Leichen des im vorigen Herbst in Beirut verstorbenen Prinzen Friedrich von Augustenburg (kurzer Prinz von Roer genannt) und dessen Gemahlin in der Familiengruft zu Krusendorf, einem im Schleswig'schen, etwa 1 1/2 Meilen von Kiel belegenen, zum Gute Roer gehörigen Dorf. Außer der verwitweten (zweiten) Gemahlin des Verstorbenen, dessen Sohn, Tochter und Schwiegersohn, welche bereits vorher auf dem Gut eingetroffen waren, hatten sich noch verschiedene Freunde und nähere Bekannte des Verstorbenen, sowie mehrere Andere, welche durch ihre Stellung dazu berufen waren, vorzugsweise von Kiel aus, auf den Weg gemacht, um an der Trauerfeierlichkeit sich zu betheiligen. In der Nähe des Gutes, wo die Beidtragenden sich versammeln wollten, angelangt, fanden sie Alles von preussischen Soldaten besetzt, welche zu diesem Zweck von Eckernförde aus sich in Bewegung gesetzt hatten, und nunmehr, als gälte es, die auf einer Vorpostenstellung dem Feind gegenüber gebohrte Vorposten zu beobachten, jede einzelne der herankommenden Equipagen anhielten und auf's genaueste untersuchten. Nach beendeter Untersuchung ward alsdann jedem einzelnen Wagen das Weiterfahren nach dem Schloß untersagt, und nur das Einschlagen des nach dem Dorf und dem Friedhof führenden Weges gestattet, während ein Gleiches auch den von Gut herkommenden fürstlichen Equipagen widerfuhr, und namentlich der Wagen, in welchem der junge Prinz seinem todteten Vater zur Gruft folgte, wiederholter Untersuchung durch preussische Offiziere unterzogen ward. Während der Besetzungsfierlichkeit selbst ward der Friedhof von einer Abtheilung Gendarmen, die Umgebung desselben von zwei Kompagnien Infanterie besetzt gehalten. Die ganze Maßregel war natürlich nur eine Fehdehandlung auf den Prinzen Friedrich von Augustenburg, der jedoch nicht anwesend war, sondern sich durch den Obersten Du Plat hatte vertreten lassen. Der Vater des Prinzen, Herzog Christian, der Bruder des Prinzen v. Roer, hatte seinen Hofmarschall geschickt.

Einem Bericht der „Hamburg. Nachr.“ entnehmen wir noch Folgendes:

Besondere Aufmerksamkeit erregte eine unhöfliche leere Postkutsche aus Eckernförde mit einem besaßneten Gendarmen auf dem Bock, welche der Kontrollkommission folgte und später leer nach Eckernförde entlassen wurde. Auf der Heimfahrt fanden wir in Gattorf wieder eine ganze Kompagnie, welche ihre Gewehre vor dem Wirthshaus zusammengestellt hatte. Die Soldaten kannten nicht den Zweck ihrer Aufstellung und hatten sich bei den Ortsbewohnern erkundigt: was denn eigentlich vorgehe? Sie hätten 40 scharfe Patronen per Mann empfangen! Der württembergische Gesandte in Paris, Hr. v. Wächter, ein naßer Verwandter des Verstorbenen, befand sich nach einer weiten Notiz des obigen Blattes unter der Leichenbegleitung. Natürlich wurde sein Wagen von der Besatzung nicht verschont.

Ausdrücklich sagt die „Kreuz-Ztg.“, es seien die gemessenen Befehle gegeben gewesen, den Augustenburger bei dieser Gelegenheit zu verhaften, wenn er sich auf Schleswig'schem

Boden betreten lasse. Derselbe habe es jedoch nicht für rathsam erachtet, den Ernst dieser Maßregeln zu erproben.

Kiel, 17. März. Die „Kiel. Ztg.“ veröffentlicht ein Schreiben der Budgetkommission an die Landesregierung, welches den Standpunkt der Kommission darlegt, die Rechte der Landesvertretung wahr, und sagt, die Kommission wolle nicht als Ausdruck der öffentlichen Meinung, sondern lediglich als Sachkommission zur Unterstützung der Regierung gelten.

Berlin, 17. März. Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien vom 31. Dez. 1865 in einer deutschen Uebersetzung, mit der Bemerkung, daß der vorstehende Vertrag ratifizirt und die Auswechslung der Ratifikationsurkunden am 12. März 1866 in Berlin bewirkt worden ist. Wir haben den Vertrag schon vor längerer Zeit mitgetheilt. — Die Meldung der „Hamburg. Nachr.“ aus Frankfurt, wonach Lombard Nachrichten von einer nach Berlin gerichteten Depesche Lord Clarendon's wissen wollen, welche dem preussischen Kabinett die schwere Verantwortlichkeit der Herbeiführung einer Friedensstörung zu bedenken gebe, findet sich auch in etwas veränderter Form in der heute hier angelangten Wiener „Debatte“ als eine direkte Nachricht aus London. Die ministerielle „Nordd. A. Z.“ erfährt, daß diese Nachricht „erdictet ist“. — Eine Berliner Korrespondenz des „Hamburg. Korresp.“ meldet, daß in der gestrigen Geheim Sitzung der Berliner Stadtverordneten beschlossen wurde, eine Kommission für die Mobilisirungsangelegenheit niederzusetzen.

Graf Bismarck konferirte gestern mit dem französischen Botschafter Benedetti und dem Gesandten Italiens, Graf Barral. Heute Mittag wird im auswärtigen Amt ein Ministerrath abgehalten. — In den Erbherzogthümern sind zu preussischen Etappenkommandanten folgende Offiziere ernannt: für Rendsburg Hauptmann v. Galbo, für Neumünster Premierleutnant Kardinal v. Widdern, für Kiel Premierleutnant v. Uthmann, für Altona und zugleich für Hamburg Major v. Dönning.

Berlin, 18. März. Die „Köln. Ztg.“ läßt sich telegraphiren: „Se. Maj. der König hat heute (Sonntag) Mittag mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und dem Kriegsminister v. Roon, sowie mit dem hieher berufenen Hrn. v. Jolly gearbeitet. — Durch übereinstimmende Nachrichten wird bestätigt, daß Oesterreich sich an den auswärtigen Höfen keineswegs Prinzipiel gegen die Annexion ausgesprochen hat. Auch die fragliche Mittheilung in London soll besonders die Abwehr der Voraussetzung, daß Oesterreich aggressiv aufträte, zum Gegenstand gehabt haben.“

Berlin, 18. März. Gestern Morgen wurden hier mehrere Kontrolversammlungen von Landwehrmännern und Reservisten abgehalten. Bei denselben erfolgte die kürzlich angekündigte Probe mit Vertheilung der hiesigen Augmentationsmannschaften für verschiedene Linienbataillone, um in dieser Hinsicht feste Anhaltspunkte in Bezug auf die Schlengeleier einer etwaigen Mobilmachung zu gewinnen. In den nächsten Tagen werden zu gleichem Zweck noch weitere Kontrolversammlungen stattfinden. — Gestern Mittag und gestern Abend kamen auf der anhaltischen Eisenbahn über Dresden zwei nach Holstein bestimmte Abtheilungen von österreichischen Ersatzmannschaften hier an. Die erste, etwa 120 Mann starke Abtheilung ist für die österreichischen Besatzungstruppen, und die zweite, etwa 90 Mann starke Abtheilung für die österreichische Marine. Beide wurden bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof von hiesigen Militär-Musikcorps empfangen und zur Einquartierung nach der Küstlerkaserne des 2. Garderegiments z. F. geleitet. Heute Morgen erfolgte ihre Weiterbeförderung mittelst der Hamburger Eisenbahn. — Die alarmirenden Gerüchte von einer angeblich schon erfolgten oder nahe bevorstehenden Einmischung fremder Mächte in der Herzogthümerfrage, welche neuerdings von Wien ausgehen, werden in hiesigen politischen Kreisen als durchaus unglaubwürdig bezeichnet. Zwischen Preußen und Oesterreich hat die Spannung in dieser Frage noch nicht nachgelassen. Unsere neuliche Andeutung, daß überhaupt die ganze Streitsache noch nicht bis zu ihrem Kulminationspunkt gediehen sei, findet in den thatsächlichen Verhältnissen ihre volle Bestätigung. — Die Kompagnie des Garde-Regiments-Artillerieregiments, deren Verlegung von Spandau nach Friedrichsruh kürzlich angeordnet ist, wird in dieser Woche nach ihrem neuen Garnisonsplatz abrücken.

Prag, 16. März. (Presse.) Quartiermacher für die bevorstehenden Militärzüge sind bereits einetroffen. Viele Gemeinden petitionirten bei dem Landeskommando um Militärkulturs.

Prag, 17. März. Aus Slabek berichtet ein Privattelegramm von einem Judenraub von großer Dimension.

Von der böhmischen Grenze, 16. März. (A. Z.) Die Truppenkonzentrationen haben ihren Anfang genommen. Schon in den nächsten Tagen werden mehrere Truppenkörper aus den südlichen Provinzen erwartet. Die in Galizien stehenden Regimenter haben den Befehl erhalten, sich marschbereit zu halten. Die Jägerbataillone sind auf den Kriegsfuß gestellt. Die Auswechslungen von Pferdebesetzungen werden in den nächsten Tagen erfolgen. Es sind 40,000 Pferde erforderlich. General Lam-Gallas erhält den Oberbefehl über die hiesigen Korps. Sobald die Armee aber aufgestellt wird, übernimmt Feldzeugmeister Benedek den Oberbefehl. — Auch aus Sachsen sind Nachrichten über militärische Vortreibungen eingetroffen. Die Festung Königstein wird armirt.

Salzburg, 16. März. Die hier garnisonirende Division des Radezky-Husarenregiments hat heute Nacht auf telegraphischem Wege Befehl erhalten, sich marschbereit zu machen. Wie ich vernehme, ist ein gleicher Befehl auch den übrigen in Wels, Lambach, Linz und Enns stationirten Abtheilungen des genannten Husarenregiments zugegangen, und es

wird von gut unterrichteter Seite die Ansicht ausgesprochen, daß diese Truppe bestimmt ist, ein im nördlichen Theil des Reichs gelegenes österreichisches Korps zu verstärken.

Wien, 14. März. Die „Allg. Ztg.“ erhält „von unterrichteter Seite“ folgende Andeutungen: „Von einer Kompensation Österreichs für seine Mitbesitzerrechte in den Herzogthümern in Form einer Geldentschädigung, einer Abfindung an Land und Leuten oder einer Garantie des Bestandes könne keine Rede sein. Preußen, der Freund Italiens, werde sich hüten, eine Garantie für Lombardo-Venetien anzubieten, und die gegenwärtig zwischen Wien und Paris herrschende Beziehung lasse es auch für Österreich nicht mehr thunlich erscheinen, ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen einzugehen. Aber es gebe allerdings noch eine Form der Kompensation, welche Preußen bieten und Österreich unbeschadet seiner Ehre und Stellung in Deutschland annehmen könne. Diese Kompensation bestehe in der Annahme der vom Fürstentumgrefß „vereinbarten“ Reformate, zunächst wenigstens im Prinzip.“

Wien, 16. März. (Allg. Ztg.) Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß man sich über den Ernst des Augenblicks keiner Täuschung hingibt, so würde derselbe durch die, mit Hinweis auf § 9 der Presnovelle, bereits vertraulich an die Zeitungen ergangene Weisung gegeben sein, sich aller und jeder Mittheilungen über Truppenbewegungen, Truppenstärke etc. zu enthalten. Urlaube werden selbst auf kürzeste Zeit in der Armee nicht mehr erteilt.

Wien, 17. März. (Frff. P.-Ztg.) F. B. M. Benedek soll zum Kommandirenden des eventuellen Operationskorps in Böhmen ernannt sein. — Die Absendung einer scharfen Verwarnungsbefehle von Seiten Englands nach Berlin ist hier mitgetheilt worden.

Wien, 17. März. (Frff. Bl.) Laut einer Mittheilung der „Presse“ aus Schleswig wäre die Rekrutenaushebung in Schleswig beschlossene Sache und wird demnächst die beschlossene Verordnung publizirt. — Preußen, Italien und Rußland haben sich über eine gemeinsame Haltung bei der Konferenz bezüglich der rumänischen Frage geeinigt.

Wie die „Debatte“ meldet, würden von den Westmächten vereint Noten abgehen, weil die schleswighischen Verordnungen dem durch den Gasteiner Vertrag geschaffenen Provisorium diametral entgegen stehen.

Die „Weser-Ztg.“ erhält nachstehendes Telegramm aus Wien: Ein Rundschreiben der österreichischen Regierung an die außerdeutschen Mächte legt den österreichischen Standpunkt in der Erbvertragsfrage dar, protestirt gegen die Annexion und die Gewaltmaßregeln, und macht Preußen dafür verantwortlich, wenn Rechtsverletzungen ihr gezwungen Krieg auferlegen.

Wien, 17. März. Wie wir hören, hatte man von Berlin aus für den Fall, daß österreichischer Seite den jenseitigen Beschwerden über die Haltung der holländischen Landesbehörden keine Folge gegeben werden sollte, im voraus, freilich ohne auf die Details der zu fassenden Entschlüsse sich näher einzulassen, ein einseitiges Vorgehen Preußens auf dem Wege der Gesandtschaft für Schleswig hier ausdrücklich in Aussicht gestellt. Österreich beschränkte sich darauf, diese Antündigung mit der Erklärung zu erwiedern, daß es sich in keiner Weise befugt erachte, irgend einen Schritt zu inhibiren oder auch nur zu kontrolliren, den Preußen innerhalb des seiner ausschließlichen Verwaltung unterstehenden Territoriums zu thun sich veranlaßt sehen möchte; daß es aber überzeugt sein zu dürfen glaube, Preußen werde dabei der Grenzen eingedenk sein, welche seinem freien Ermessen durch die bestimmten Festsetzungen sowohl des Wiener Friedens als der Gasteiner Konvention gezogen worden.

Triest, 17. März. Aus Kairo eingetroffene Telegramme widerlegen die Gerüchte von dem Ausbruch der Cholera in Egypten. — Linien-Schiffskapitän Richard Barry, ehemals Kommandant der „Novara“ in Merito, ist gestorben.

Oesterreichische Monarchie.

Wesph, 17. März. (W. L.-B.) Das Unterhaus beschloß heute in der kroatischen Frage, eine Landesdeputation zu wählen, der detaillirte Instruktionen nicht zu erteilen seien.

Frankreich.

Paris, 17. März. In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers begann die Diskussion über das Amendement Buffet, Chevandier de Valrome etc., gewöhnlich genannt das Amendement der 46, das wohl das bedeutendste Ereigniß der Abrededebatte und vielleicht der ganzen parlamentarischen Session sein wird. Wie man sich erinnert, wird in demselben hervorgehoben, daß Frankreich der Dynastie fest ergeben, aber auch nicht minder fest der Freiheit, die es als zur Erfüllung seiner Geschichte notwendig ansieht, ergeben ist. Darum soll der Kaiser dem großen Akt von 1860 die geeignete Entwicklung geben. Buffet ergreift zuerst das Wort, um das Zeitgemäße der Erweiterung der politischen Freiheiten darzutun. Er verlangt genaue Kontrolle durch die Kammer im Namen des Landes, Interpellationsrecht, Erscheinen der Minister in den Sitzungen der Kammern, Erweiterung des Amendementrechts, Recht der Zeitungen, Berichte und Beurtheilungen der Kammeritzungen zu veröffentlichen etc.

Der „Memor. diplom.“ kommt heute nochmals auf die Unterhandlung zwischen Frankreich und Italien in Betreff der Feststellung des von Italien zu übernehmenden Theils der päpstlichen Schulden zurück. Beiderseits soll man bereits dahin übereingekommen sein, daß diese Theilung vor der vollständigen Räumung des Kirchenstaats von Seiten der französischen Truppen vorzunehmen sei. Zunächst würde man, wie das genannte Blatt zu wissen glaubt, die genaue Nummer der römischen Schuld vom Jahr 1860 feststellen, von der drei Viertel nach den glaubwürdigsten Schätzungen auf die vom Kirchenstaat abgerissenen Provinzen fallen würden. Die seit der damaligen Zeit emittirten

Anleihen des heil. Stuhls würden nicht in Betracht gezogen, sondern würden ihm bleiben. Aber die Verzinsung der primitiven Schuld vom 1860 bis auf diesen Tag, welche in Totalität vom römischen Staatsschatz geschoben ist, würde ihm in dem Verhältnis wieder zurückbezahlt werden, als die Schuld auf den italienischen übertragen werden wird. — Dem „Memor. diplom.“ wird aus Rom gemeldet, daß die Abreise des Barons v. Meyendorff nahe bevorstehend ist. Es scheint positiv zu sein, daß dieser Diplomat beim heil. Stuhl nicht ersetzt werden soll.

Der „Abendmoniteur“ meldet, daß durch kaiserl. Verfügung dem Hauptort von Neu-Caledonien, welcher jetzt Port de France heißt, sein ehemaliger Name Numea, den er bei der Besitznahme der Insel führte, wieder gegeben worden ist. Diese Maßregel wurde durch die häufig vorkommende Verwechslung mit Fort de France, dem Hauptort von Martinique, veranlaßt. — Rente 68.75, Cred. mob. 68.75, ital. Anleihe 61.22 1/2.

Paris, 18. März. Der „Moniteur“ zeigt an, daß Baron Dubberg gestern, den 17., von dem Kaiser in einer Privataudienz empfangen worden ist. — Der „Moniteur“ veröffentlicht das Dekret, welches den neuen Statuten des Credit mobilier die kais. Genehmigung erteilt. Nach Art. 2 dieses Dekretes ist die Gesellschaft gehalten, vom 1. Jan. 1867 an, am Ende jedes Monats einen vom Verwaltungsrath festgestellten Status ihrer Geschäfte in einem der zur Aufnahme offiziellen Bekanntmachungen bestimmten Blatt des Seine-Departements zu veröffentlichen. Dieser Status muß auch den Betrag der im Portfeuille enthaltenen Werthpapiere angeben. — Der „Moniteur“ meldet, daß der Divisionsgeneral Jusuf, Großkreuz der Ehrenlegion, am 16. d. M. in Cannes gestorben ist. Es ist dies, wie das offizielle Blatt befügt, „ein Verlust für Frankreich und eine tiefe Trauer für seine zahlreichen Freunde.“ — Der Kaiser hat zur Erinnerung an die Beteiligung der kais. Manufaktur an der Industrieausstellung von Porto dem Könige von Portugal zwei große Kampenwagen, welche die Sevres-Fabrik dorthin geschickt hatte, zum Geschenk gemacht.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. März. (Wes.-Ztg.) Graf Spouneck wird aus Paris erwartet zur Uebernahme der zu vereinigen Ministerien des Krieges und der Marine oder des Finanzministeriums, nachdem der Exminister Krieger abgelehnt hat.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 2. März. Die russische „St. Peterab. Ztg.“ (die sog. Akademie-Zeitung) spricht sich in folgender Weise über die allgemeine politische Stellung Rußlands aus (und diese Auslassung erhält eine gewisse Bedeutung durch den Umstand, daß sie von dem offiziellen „Journ. de St. Peterab.“ abgedruckt wird):

Das russische Volk hat, wie uns scheint, keinen Grund, den Krieg zu wünschen; es hat zur Friedenszeit viel zu thun. Es muß vor Allem für seine innern Angelegenheiten eine solide Basis schaffen. Das will aber nicht sagen, das das russische Volk den andern Mächten ruhig gestatten könnte, sich zu Herren in solchen Fragen zu machen, welche Rußland unmittelbar interessieren. Das will z. B. nicht sagen, daß das russische Volk mit gleichgültigem Auge zusehen könne, daß Österreich die Donaufürstenthümer besetze und sich überhaupt auf Kosten der Türkei ohne die Theilnahme Rußlands vergrößere. Wenn dieses Ereigniß eintreten sollte, wenn die Gerüchte, welche diese Eventualität als möglich darstellen, sich bestätigen sollten, dann würde Rußland nicht umhin können, ihrer Verwirklichung entgegen zu treten. In einem solchen Ereigniß würde nicht die Regierung allein einen casus belli sehen, sondern das ganze Land in der weitesten Bedeutung des Wortes. Hieron sind wir eben überzeugt, als davon, daß Rußland nicht wünscht, ohne sehr gewichtige Gründe, ohne eine absolute Nothigung, Krieg zu führen.

St. Petersburg, 12. März. Der Herzog Nikolaus von Leuchtenberg, den man bekanntlich auch für den rumänischen Thron in Aussicht nehmen wollte, ist zum Präsidenten der russischen Kommission für die Pariser Welt-Industrieausstellung ernannt worden.

Niga, 14. März. Der Antrag der kurländischen Ritterschaft, das Recht zum Erwerb unbeweglichen Eigenthums jeder Art in Kurland allen Personen christlicher Konfession freizugeben, sowie der Antrag der estländischen Ritterschaft, den nicht immatriculirten Besitzern von Rittergütern in Estland das Stimmrecht bei den Landtags-Verhandlungen über ländliche Steuern zu erteilen, sind vom Kaiser unterm 3. d. M. genehmigt und die Ausführung allerhöchst befohlen worden.

Großbritannien.

London, 17. März. Beim Marquis of Salisbury fand gestern eine sehr zahlreiche Versammlung der konservativen statt. In Abwesenheit Lord Derby's, den ein kleiner Gichtanfall aus Lager festsetzt, hielt Disraeli an das Meeting eine Ansprache. Die Anwesenden beschloßen einstimmig, die ministerielle Reformbill in jedem Stadium hartnäckig zu bekämpfen. Das Amendement zur zweiten Lesung wird die Form einer Resolution tragen, dahin lautend, daß keine Reformbill, welche die Frage vollständig zu lösen versetzt, das Parlament befriedigen könne.

Ein im auswärtigen Amt eingegangenes Telegramm aus Alexandria meldet, daß Hr. Kassam am 4. Januar in Bulwofa, ungefähr 50 Meilen westlich von Gondar, glücklich angekommen ist, nachdem er auf seiner Reise von Batemina aus von den Häuptlingen der Gebiete, die er passirte, die freundlichste Behandlung erfahren hatte. Von den Gefangenen waren Nachrichten bis zum 27. Dez. eingelaufen. Der König von Abysinien, der sich zu Gondar befinden soll, hatte Hr. Kassam eine Eskorte und Transportmittel gesandt.

Amerika.

Neu-York, 7. März. Morgens. (Per „Cuba“.) In dem Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten ist der

Antrag gestellt worden, die Unionsregierung möge für eine mexikanische republikanische Anleihe von 50 Millionen Dollars die Bürgschaft übernehmen. Das Rekonstruktionskomitee des Repräsentantenhauses hat sich dafür ausgesprochen, Tennessee unter gewissen Bedingungen zum Kongress zuzulassen. — Eine lebhaftere Fenerbewegung dauert im Lande fort und Subskriptionen laufen von allen Seiten ein.

Baden.

Heidelberg, 18. März. Die Vorlesungen an unserer Hochschule sind nunmehr sämtlich geschlossen, und die meisten Studierenden sind in die Ferien gegangen. Die Zahl der Nichtwiederkehrenden kann noch nicht festgestellt werden, da noch nicht alle Abgangszeugnisse ausgefertigt sind. — Da die gesetzliche Dienzeit des ersten Bürgermeisters hiesiger Stadt, Hr. Krausmann, umlaufen ist, so hat das große Bezirksamt bereits eine Neuwahl auf Montag den 26. d. M. angeordnet. — Gestern erschoss sich hier ein wohlgekleideter Fremder, wie es scheint, aus Mangel an Existenzmitteln, nachdem er einige Zeit in einem hiesigen Gasthof gewohnt, ohne seinen Verbindlichkeiten nachkommen zu können.

Mannheim, 18. März. (Mannh. Z.) Gestern wurden in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Zwecke die von der Kommission ausgearbeiteten Statuten eines Konsumvereins beraten und schließlich mit einigen Abänderungen angenommen. Der Verein wird nun unverzüglich in's Leben gerufen werden.

Mannheim, 18. März. Der „Mannheimer Anzeiger“ ist zur Fortschrittspartei der Zweiten Kammer in nähere Beziehung getreten und erscheint von heute an unter dem Titel: „Neue Badische Landeszeitung.“ Organ der Fortschrittspartei. Die heutige Nummer enthält einen Aufsatz über Entstehung, Prinzip und Zielpunkte der genannten Partei.

Vermischte Nachrichten.

— Mehrere Eiseller-Besitzer in Baden haben sich dem „Oberh. Kur.“ zufolge diesmal arg verrechnet. Zur Zeit der letzten Kälte führten viele Bauern aus der Rheingegend die schönsten Eisblöcke in die Stadt, den Wagen voll boten sie für 48 Kreuzer an, die Kaufliebhaber wollten nur 36 Kreuzer geben, die Bauern aber lehrten um und warfen ihre Waare in den Straßenabgräben. Jetzt wird der damals verschmähte Handelsartikel aus dem Mummelsee bezogen und kommt der Wagen voll auf etwa 30 fl. zu stehen.

— Berlin, 17. März. In Bezug auf eine Nachricht der „Weser-Ztg.“, daß in Folge eines abfälligen Gutachtens des Professors Dove die Nordpol-Expedition unterbleiben werde, erklärt der genannte Gelehrte, daß in Beziehung auf die Ausführung der Nordpol-Expedition von ihm ein Gutachten weder verlangt, noch abgegeben worden sei.

— Berlin, 17. März. Gestern Nachmittag ist die Broschüre von Prof. Zachariae in Göttingen über Artikel 84 der preussischen Verfassungsurkunde (Leipzig, bei Duncker und Humblot) hier konfiszirt worden.

— Der Nachlaß Charles Sealsfield's (Karl Postel's) ist dem Bruder desselben, dem Lehrer Postel zu Pöppich bei Znam in Mähren, durch die schweizerischen Gerichte übergeben worden. Ein Schriftsteller, der in Briun lebt, will den Nachlaß veröffentlichen und eine Biographie des mysteriösen Mannes schreiben.

— Wahrscheinlich der älteste der Zeitgenossen, Joseph Crete, ist zu Anfang dieses Jahres in einem Alter von 141 Jahren zu Calcutta, einem Städtchen in Wisconsin, gestorben. Derselbe war, wie das katholische Taufregister von Detroit ausweist, daselbst im Jahr 1725 geboren und bis kurz vor seinem Tod noch gesund und thätig.

Mannheim, 17. März. (Schwurgericht.) Die heutige Vormittags-Sitzung, in welcher wieder der Hr. Kreisgerichts-Rath Löwig den Vorsitz einnahm, hatte die Anklage gegen den ledigen Hausknecht Christian Fink von Jüngen wegen gefährlichen Diebstahls zum Gegenstand. Der Genannte war geschädigt, in der verflochtenen Spelbarnacht im „Türkischen Kaiser“ in Heidelberg in ein im zweiten Stockwerk gelegenes Wohnzimmer von der Treppenhofe aus eingestiegen zu sein und einem dort logirenden Gast einen Zehn-guldenschein entwendet zu haben; er versicherte jedoch, das Zimmer nur aus einem unverfänglichen Grund betreten und den Entschluß zur Verübung des Diebstahls erst nachher gefaßt zu haben. Die Geschwornen schenkten dieser Angabe aber keinen Glauben, und nahmen ferner, entgegen den Ausführungen des Verteidigers, Hr. Anwalts Friedmann, an, daß das Einstiegen in einer Weise erfolgt sei, daß der Thäter im Fall seiner Betretung nicht leicht habe entfliehen können. Der Schwurgerichtshof erklarte in Uebereinstimmung mit der Staatsbehörde in der Handlung des Angeklagten nur einen gefährlichen Diebstahl milderer Art, und verurtheilte denselben zu einer Arbeitsstrafe von 6 Monaten oder 4 Monaten in Einzelhaft.

— Das Hamburger Postdampfschiff „Bavaria“, Kapitän Taube, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfabrik-Aktien-Gesellschaft, ging, expedirt von Hr. August Bolten, William Müller's Nachf., am 17. März von Hamburg via Southampton nach Neu-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 10 Passagiere in I. Kajüte, 63 Passagiere in II. Kajüte, und das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt, sowie auch den Laderaum mit Waaren.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer	Thermometer	Wind	Himmel	Witterung
17. März.					
Morgens 7 Uhr	27° 313	35	N.O.	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	393	+ 10 5	S.W.	stark	Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	360	+ 4 5	schw.	sternhell	frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 20. März. 1. Quartal. 35. Abonnementsvorstellung. **Die Nibelungen;** Trauerspiel in 5 Akten, von Heibel.

Theater in Baden.

Mittwoch 21. März. **Nathan der Weise;** dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Lessing.

3.g.32. Efringen. Entfernten Verwandten, Freunden und Bekannten die Nachricht von dem heute Nachmittag 1/4 Uhr erfolgten Hinscheiden meines 4 Jahre alten Tochterchens „Antonia“.

Neues Konfirmationsgeschenk. 3.g.17. Vorrätig in allen Buchhandlungen: **Banley, J., So erwählt Euch heute, welchem Ihr dienen wollt!** 5 Konfirmationspredigten. Mit einem Vorwort von Dr. S. Bernhardt.

In seltener Weise hat es der Verfasser verstanden, dem kindlichen Gemüthe die Grundwahrheiten des Evangeliums zugänglich zu machen. Das Buch zählt zu den besten seiner Art. **Kassel. A. Frey Schmid.**

3.g.44. Die Herren Apotheker und Droguisten werden ersucht, bei Bestellung ihrer Zeitschriften für das nächste Quartal die von Oden d. J. ab in Leipzig erscheinende

Apotheker-Zeitung Correspondenzblatt für Apotheker, Droguisten etc., Preis vierteljährlich 10 Mgr. gef. Berücksichtigung zu wollen. Jede deutsche Postanstalt nimmt Bestellungen darauf an.

3.g.39. Meersburg. **Offene Gehilfenstelle.** Die Spitalverwaltung dahier wünscht einen, im Kameralrechnungsfach registrierten Assistenten gegen 500 fl. Jahresgehalt als Gehilfen anzunehmen. Bewerber hierum werden gebeten, sich unter Anschluss der erforderlichen Zeugnisse dahier zu melden. Der Eintritt könnte sogleich geschehen. Meersburg, den 17. März 1866. Spitalverwaltung. Waldschüh.

Reisender-Gesuch. 3.g.968. Eine Weinhandlung in Offenburg sucht einen gewandten Reisenden. Bei entsprechenden Leistungen wird hohes Salair zugesichert. Offerten nebst Referenzen unter **K. C.** an die Expedition dieses Blattes.

Commisgesuch. 3.g.884. Ein angehender junger Mann, der französischen Sprache mächtig, wird zum sofortigen Eintritt in ein Cigarren- und Glaswaaren-Geschäft gesucht. Das Nähere zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS. **Keine grauen Haare mehr! Melanogène** von Diequemare aine in Rouen. Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39. Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen. Gen.-Depot bei **Fr. Wolff & Sohn**, Hoflieferanten in Karlsruhe. 3.g.908.

3.g.886. Bretten. **C. Beuttenmüller & Co. in Bretten** erbieten sich zur Lieferung von **Feuerwehr-Helmen** in solidester Ausstattung, geschmackvoller Form und zu billigem Preise. Muster stehen zu Diensten.

3.g.996. Baden. **Pferdeverkauf.** 2 Schimmel, Siebenbürger Race, Wallachen, 14/15jährig, gute Käufer, sehr vertraut, zum Fahren und Reiten geeignet, sind zu verkaufen. Wo? laut Bezirksrichteramt Lydlin in Baden.

3.g.329. Karlsruhe. **Fahrnisversteigerung.** Aus dem Nachlass des Herrn Michael Schuster, großh. Rechnungsraths a. D. dahier, werden nachbeschriebene Fahrnisgegenstände in dessen Wohnung, Waldstraße Nr. 41 im dritten Stock, und zwar **Donnerstag den 22. März d. J.:** Gold und Silber, Bücher, Manneskleider, Bettung, Weißzeug und Schreinwerk, Johann **Freitag den 23. März d. J.:** Schreinwerk, Küchengeräthe und allerlei Hausrath gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden. Die Versteigerung beginnt jeweils Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr. Karlsruhe, den 19. März 1866. Großh. Notar **Karl Philipp.**

3.g.40. Nr. 129. Ottersweier. **Feuerspritze-Lieferung.** Die Gemeinde Ottersweier ist geneigt, eine neue Feuerspritze fertigen zu lassen, welche einen Kostenaufwand von 1500 fl. bis 1800 fl. beanspruchen darf. Lusttragende haben von heute an binnen 3 Wochen eine Zeichnung mit Kostenüberschlag beim Gemeinderath dahier vorzulegen. Ottersweier, den 17. März 1866. Der Gemeinderath. **Kopf.**

International-Lehrinstitut.

Z.e.575. Die Zöglinge dieser Anstalt (Deutsche, Franzosen, Engländer etc.) erwerben sich dort alle zur Ausbildung der Jugend und für die kaufmännische Laufbahn erforderliche Kenntnisse, an der Stelle der todtten Sprachen aber stellt sich die Anstalt die gründliche Erlernung der lebenden Sprachen zur Aufgabe. **Hauptstudien:** deutsch, französisch, englisch und die Handelswissenschaft. Den Lehrplan sendet franco der Vorstand in **Bruchsal** (Grossh. Baden).

Erziehungsanstalt für Töchter.

3.g.47. Heidelberg. Wir machen die ergebenste Anzeige, daß der Sommerkurs unserer Anstalt mit dem 16. April beginnt, doch werden auch zu jeder Zeit Hörsinge aufgenommen. Wegen Programme und näherer Auskunft ersuchen wir, sich gefälligst an uns zu wenden. Wir beziehen am ersten April das von uns angekauft freistehende Haus mit geräumigem Garten und Hof in der Blöckstraße Nr. 109 der Peterskirche gegenüber. Heidelberg, im März 1866. **Elise & Regina Faller.**

Conservatorium für Musik in Stuttgart.

3.g.46. Stuttgart. Mit dem Anfang des Sommersemesters, den 16. April d. J., können in dieser für vollständige Ausbildung sowohl von Knaben, als auch insbesondere von Lehrern und Lehrerinnen bestimmte Anstalt, welche aus Staatsmitteln subventionirt ist, neue Schüler und Schülerinnen eintreten. Der Unterricht erstreckt sich auf Elementar-, Chor- und Soloflag, Klavier, Orgel, Violin- und Violoncellspiel, Kontrapunkt, Harmonielehre, Komposition, Formelehre, Vokal- und Instrumentalkomposition, nebst Partiturspiel, Geschichte der Musik, Methodik des Gesangs- und Klavierunterrichts, Orgelkunde, Deklamation und italienische Sprache, und wird von den Herren **Stark**, Kammerorganist **Kaufner**, **Lebert**, Hosiander **Brüder**, **Spreib**, **Levi**, Professor **Faist**, Hofmusiker **Debusse**, Hofmusiker **Keller**, Concertmeister **Einger**, Hofmusiker **Woch**, Concertmeister **Goltermann**, sowie von den Herren **Alvens**, **Leb**, **Utinger**, **Häuser**, **Veron**, Hofkapellmeister **Arndt** und **Seckler** unterrichtet. Für das Ensemblespiel sind regelmäßige Lektionen eingerichtet. Zur Übung im öffentlichen Vortrag und im Orchesterpiel ist den dafür befähigten Schülern ebenfalls Gelegenheit gegeben. Das jährliche Honorar für die gewöhnliche Zahl von Unterrichtsfächern beträgt für Schülerninnen 100 Gulden rhein. (57 1/2 Thlr., 215 Frs.), für Schüler 120 fl. (68 3/4 Thlr., 257 Frs.). Anmeldungen wollen vor dem am 11. April stattfindenden Aufnahmeprüfung an die unterzeichnete Stelle gerichtet werden, von welcher auch das ausführlichere Programm des Anstalt unentgeltlich zu beziehen ist. Stuttgart, im März 1866. **Die Direktion des Conservatoriums für Musik: Professor Dr. Faist.**

3.g.19. Nr. 668. Waldsich. **Feuerlöschspritze-Lieferung.** Die Stadtgemeinde Waldsich beabsichtigt eine Feuerlöschspritze nach neuester Konstruktion mit 5 Zoll Stielweite anfertigen zu lassen. Diezu Lusttragende belieben ihre Angebote in Walde anher einzurichten. Waldsich, den 16. März 1866. Gemeinderath. **G. Buch.**

3.g.35. Ettenheim. **Vieh-Versteigerung.** Am Dienstag den 27. d. M., Vormittags 11 Uhr, werden in den grundherrlichen Schloß- und Meierhof-Stallungen zu **Ruß** 10 Stück ganz fette Ochsen, 46 „ „ Kühe und Kalbinnen, wovon einige frisch sind, gegen baare Bezahlung versteigert werden. Ettenheim, den 18. März 1866. Grundherrliche Güterverwaltung. **Schrey.**

3.g.14. Stadt Rehl. **Viegegeschäfts-Versteigerung.** Die Erben des verstorbenen Bierbrauers **Albert Liebig** von Stadt Rehl lassen **Dienstag den 10. April, Morgens 10 Uhr,** auf dem Rathhause in Stadt Rehl der Erbtheilung wegen öffentlich versteigern: 1) L.-N.-Nr. 194: Ein zweistöckiges Wohnhaus sammt Zugehörde mit Bierbrauerei-Einrichtung, Gießkeller, Haus- und Hofplatz, an der Hauptstraße gelegen, neben der Duerstraße Lt. A. und G. Zingade. Anschlag 22,000 fl. 2) L.-N.-Nr. 3576: 75 1/10 Ruthen Acker am Berg, neben Janoz Hoebpp und Joh. Bapt. Herdt, darunter ein Viehstall. Anschlag 800 fl. 22,800 fl. Die Versteigerungsbedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gemacht, und können auch vorher schon auf dem Rathhause eingesehen werden. Stadt Rehl, den 16. März 1866. Bürgermeister.

3.g.38. Nr. 130. Langensteinbach. (Holzversteigerung.) Aus Domänenwaldungen des Forstbezirks Langensteinbach wird das Hiebsergebnis außer den Schlägen am Dienstag den 27. März d. J. versteigert, und zwar Morgens 10 Uhr zu Langensteinbach im „Röhl“ aus den Distrikten **Tannwald, Unterwald, Reichenwald:** 5 tannene Bauholzschlämme, 3 Schlämme, 60 starke Gerölle und Breiterstangen, 18 Klfr. tannenes Scheitholz, 4 1/2 Klfr. buchenes und 3 3/4 Klfr. tannenes Prügelholz, 50 Stück buchene und 25 Stück sortene Reiswellen nebst einigen Schlagbaum. Nachmittags 3 Uhr zu **Marzell**, aus den Distrikten **Ober- und Unterlocherwald:** 29 tannene Bauholzschlämme, 13 Schlämme, 2 1/2 Klfr. tannenes Scheitholz, 1/2 Klfr. buchene und 1 1/2 Klfr. tannenes Prügelholz, 375 buchene Wellen nebst einigen Schlagbaum. Langensteinbach, den 15. März 1866. Großh. bad. Bezirksforst. **Mathes.**

3.g.23. Nr. 122. Mittelberg. (Holzversteigerung.) Aus der Domänenwald-Abtheilung I. 1. Wäldersbacherhang, werden am **Montag den 26. d. M.** mit Vergreif bis **Marini I. J.** einer zweiten Versteigerung ausgelegt: 10 Klaster birkenes und gemischtes Prügelholz und 22,850 buchene Durchforstungswellen. Zusammenkunft **Borm.** 10 Uhr im **Waldhaus** zum **Engel** in **Wäldersbach**. Mittelberg, den 16. März 1866. Großh. bad. Bezirksforst. **G. Pfeifer.**

3.g.7. Nr. 113. Forberg. (Stamholzversteigerung.) In den Domänenwaldungen des Forstbezirks **Ballenberg** werden mit halbjähriger Vergreif versteigert, **am Donnerstag den 22. März d. J., Morgens 9 Uhr,** im **Distrikt Seepfaffe** bei **Wingenhofen:** 18 Eichenämme, und **am Freitag den 23. März d. J., Morgens 9 Uhr,** im **Distrikt Mönchsbad** bei **Ballenberg:** 66 Eichenämme, Holländer, Eas- und Nutholz. Zusammenkunft bei günstiger Witterung jeweils in den betreffenden Hiebsplätzen, bei ungünstiger am ersten Tag im **Lamm** in **Wingenhofen**, am zweiten im **Roh** in **Ballenberg**. Forberg, den 15. März 1866. Großh. bad. Bezirksforst **Ballenberg.**

3.g.24. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Die Ehefrau des Kaufmanns **Peter Buchmüller**, **Emma**, geborne **Leib**, in **Bruchsal**, hat gegen ihren Ehemann **Klage** auf Vermögensabsonderung erhoben, und ist Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung hierüber auf die **Samstag den 12. Mai d. J., Vormittags 8 Uhr,** beginnende öffentliche Gerichtsitzung anberaumt; was zur Kenntnignahme der Gläubiger hiermit bekannt gemacht wird. Karlsruhe, den 12. März 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht, II. Civilkammer. **Reiner.**

3.g.296. Nr. 3038. Konstanz. (Schloßbekanntmachung.) In Sachen des **großh. Fiskus** hier, **großh. Zollverwaltung**, gegen **Grenzaufsicht Jakob Siebold** in **Dingelshofen**, **Forderung** und **Arrest** betr., hat **Klagtheil** vorgetragen, daß **Beklagter** sich bei seinem Dienstantritt verpflichtet, im Fall des eigenmächtigen Dienstaustritts eine konventionallstrafe von 50 fl. zu bezahlen, daß **Beklagter** am 1. d. Mts. aus dem Dienst entwichen und seither nicht zurückgekehrt, auch sein bürgerlicher Aufenthalt unbekannt sei, und beantragt hiernach **Sicherheitsbeschlag** und **Verurtheilung**. Es ergab darnach **Beschluß**: 1) An die städtische Sparkasse dahier **Beschlaganlage**-Verfügung gemäß § 606 Bff. 3 d. P. D. zu richten. 2) An den **Gemeinderath** in **Herrlichswald** eine **Beschlaganlage**-Verfügung gemäß § 606 Bff. 1 d. P. D. zu richten. 3) An den **Beklagten**: Sie erhalten **Nachricht** hieron und haben am **Dienstag den 17. April, Vorm. 9 Uhr,** mündlich dahier die Antwort auf die Behauptungen des **Klagtheils** abzugeben, da sonst dieselben für zugestanden und die **Einreden** dagegen für veräußert erklärt würden. Konstanz, den 13. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Kärger.**

3.g.248. Nr. 2086. Adelsheim. (Bekanntmachung.) In Sachen des **E. H. Stier** in **Freudenbach** gegen **Konduktor Wilhelm Böser** von **Heidelberg**, **Forderung** und **Arrest** betr., hat **Kläger** geltend gemacht, er habe dem **Beklagten** dahier unter dem 11. November v. J. 4 1/2 Mille Cigarren unter dem **übereinstimmenden** und **handelsüblichen** Preis von 53 fl. 30 fr. verkauft. **Kläger** bittet, den **Beklagten** zur **Zahlung** dieses noch **schuldigen Kaufpreises** an ihn zu **verurtheilen** und **beantragt** zugleich, unter **Verlage** eines **beglaubigten** **Ausgangs** aus **seinem** **Handelbuch** und **Benutzung** auf die **Eigenschaft** des **Beklagten** als **Auswärtiger**, eine **Arrestverfügung** auf die **Jahresfrist** des **Beklagten**, welche auch zur **Sicherheit** der **klägerischen** **Forderung** von 53 fl. 30 fr. und 15 fl. **Kosten** unter dem 12. v. M. Nr. 1309 erlassen wurde. Es wird nunmehr **Tagfahrt** zur **Arrestrechtfertigung** auf **Montag den 9. April l. J., Morgens 9 Uhr,** anberaumt, und werden hierzu beide **Theile** **vorgelesen**; der **Kläger** mit der **Aufgabe**, den **Arrest** durch **vollständige** **Beiseignung** seiner **Ansprüche** und des **Arrestgrundes** zu **rechtfertigen**; der **Beklagte** mit der **Aufgabe**, sich auf die **Arrestklage** **vernehmen** zu **lassen** und seine **Einreden** gegen die **Rechtsmäßigkeit** und **Fortdauer** des **Arrestes** vorzutragen, bei **Vermeidung** des **Rechtsnachtheils**, daß bei **seinem** **Ausbleiben** der **thatsächliche** **Vortrag** der **Arrestklage** für **zugestanden** und **jede** **Einrede** für **veräußert** **erklärt** **wird**. Wird **ferner** **Tagfahrt** zur **mündlichen** **Verhandlung** auf die **Klage** auf **gleiche** **Zeit** wie **oben** anberaumt, und werden hierzu beide **Theile** mit der **Aufgabe** **vorgelesen**, sich zum **Beweis** ihrer **Behauptungen** vorzubereiten und die **ihnen** zu **Obot** **nehmen**.

3.g.296. Nr. 2925. Durlach. (Verschönerklärung.) Da der **ledige** **Eduard** **Bacher** von **Wiesloch** seit der **öffentlichen** **Aufforderung** vom 1. März v. J. innerhalb der **festgesetzten** **Jahresfrist** keine **Nachricht** von **sich** **geben**, so **wird** **dieselbe** für **verschollen** **erklärt** und **sein** **Vermögen** in **den** **fürsorglichen** **Verfö** **seiner** **multumaligen** **Erben** **gegen** **Einkaufsleistung** **gegeben**. Durlach, den 16. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Gaupp.**

3.g.41. Nr. 65. Wosbach. (Aufforderung und Zahlung.) **Josef** **Baltenmeister**, **ledig**, von **Heidelberg**, **Buchhalter** bei **den** **Hafenbau-Unternehmern** **Schernitz** und **Steinboff** in **Stierburken**, ist der **Unterschlagnung** zum **Nachtheil** der **Erben**, und der **Fälligkeit** einer **Privatverfügung** zum **Nachtheil** des **Mezgers** **Gimber** in **Stierburken**, im **Gesamtwert** von **920 fl.**, **angefchuldigt** und **hat** **sich** **der** **Untersuchung** **durch** **die** **Finde** **entzogen**. **Gemäß** **§ 342** **Bff. 2** **der** **St. P. D.** **wurde** **durch** **Beschluß** **vom** **25. v. M., Nr. 42**, **dessen** **Vermögen** in **Verfö** **genommen**. **Dies** **von** **den** **fürsorglichen** **Angeschuldigten** **mit** **der** **Aufforderung** **bekannt** **gemacht**, **binnen** **14** **Tagen** **sich** **hierzu** **stellen**, **indem** **sonst** **nach** **dem** **Ergebnis** **der** **Untersuchung** **das** **Erkenntnis** **verfö** **werden**. **Zugleich** **ersucht** **ich** **die** **Polizeibehörden**, **auf** **den** **Angeschuldigten** **zu** **haben**, **im** **Vertragsfall** **ihn** **festzunehmen** **und** **hierzu** **einzuliefer**. **Zu** **diesem** **Zweck** **füge** **ich** **bei**, **daß** **dieselbe** **5'8" groß**, **kräftiger** **Statur**, **25** **Jahre** **alt**, **dunkelbraune** **Augen**, **dunkelbraune** **Haare** **und** **ein** **volles** **Gesicht** **mit** **vollem** **dunkelbraunem** **Bart** **hat**, **dunkle** **Kleider**, **einen** **Ueberzieher** **und** **einen** **grauen** **Hut** **trägt**. Wosbach, den 16. März 1866. **Der** **Untersuchungsrichter** **des** **großh. Kreisgerichts**, **W. Kasperer.**

3.g.325. Nr. 2468. Waldbrunn. (Aufforderung und Zahlung.) **Johann** **Englert** von **hier**, **log.** **Schützenjäger**, **wird** **auf** **Antrag** **großh. Staatsanwaltschaft** **des** **Diebstahls** **von** **Centen**, **a. D.** **des** **Franz** **Anton** **Schäpfer** **und** **der** **Anna** **Maria** **Schäpfer** **von** **Wetterod**, **damit** **das** **Zien** **Diebstahls** **und** **Zien** **Nachfalls** **in** **ein** **gleichartiges** **Verbrechen** **angefchuldigt**, **und** **aufgefordert**, **sich** **binnen** **14** **Tagen** **dahier** **zu** **stellen**, **indem** **sonst** **nach** **dem** **Ergebnis** **der** **Untersuchung** **das** **Erkenntnis** **verfö** **werden**. **Zugleich** **wird** **dessen** **Vermögen** **mit** **Verfö** **gelegt**, **und** **unter** **Anschluß** **des** **Verfö** **beselben** **geteilt**, **den** **Johann** **Englert** **von** **hier** **auf** **Verfö** **zu** **verhaften** **und** **gefänglich** **anber** **einliefern** **zu** **lassen**. **S i g n a l e m e n t.** **Alter**, **ca.** **48** **Jahre**. **Statur**, **unterfö**. **Gesicht**, **voll** **und** **roth**. **Haare**, **braun**. **Augen**, **braun**. **Stirn**, **br.**. **Augenbrauen**, **braun**. **Nägen**, **braun**. **Mund**, **groß**. **Bärte**, **mangelhaft**. **Kinn**, **rund**. **Bart**, **braun**. **Sonstige** **Kenntnisse**: **hat** **ein** **schielendes** **Auge**, **einen** **hinkenden** **Gang**, **indem** **der** **eine** **Fuß** **stet** **und** **unter** **dem** **Knie** **nach** **hinten** **gebogen** **ist**. Waldbrunn, den 16. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Kugler.**

den Urkunden mitzubringen; der **Beklagte** bei **Vermeidung** des **Rechtsnachtheils**, daß bei **seinem** **Ausbleiben** der **thatsächliche** **Vortrag** für **zugestanden**, **jede** **Einrede** für **veräußert** **erklärt** und **nach** **dem** **Gesuche** **des** **Klägers** **erkannt** **wird**, **wenn** **dieselbe** **in** **Rechten** **begünstigt** **ist**.

Zugleich **wird** **dem** **Beklagten** **aufgegeben**, **höchstens** **bis** **zur** **Tagfahrt** **einen** **dadier** **wohnenden** **Genants** **haber** **zum** **Empfang** **aller** **Einbändlungen** **an** **die** **Partie** **aufzustellen**, **widrigenfalls** **alle** **weitem** **Verfügungen** **mit** **dieselben** **Wirksamkeit**, **wie** **wenn** **sie** **ihm** **selbst** **eröffnet** **wären**, **an** **die** **Gerichtstafel** **angefchlagen** **wären**.

Vorliegende **Verfügung** **wird** **dem** **Beklagten**, **dessen** **Aufenthaltsort** **unbekannt** **ist**, **hiermit** **eröffnet**. Adelsheim, den 6. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Bärenflau.**

3.g.327. Nr. 4298. Engen. (Ausschlusserkenntnis.) Alle in der **heutigen** **Tagfahrt** **nicht** **angemeldete** **Forderungen** **werden** **von** **der** **Sanctmalte** **des** **Randwirts** **und** **Krämers** **Reinhard** **Rehmer** **von** **Watterdingen** **ausgeschlossen**. Engen, den 14. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Schl.**

3.g.285. Nr. 3311. Eabr. (Aufforderung.) **Der** **am** **15. März** **1821** **geborene** **Johannes** **Hodens** **in** **Wiesloch**, **welcher** **im** **Späthjahr** **1850** **nach** **America** **reiste** **und** **seit** **länger** **als** **10** **Jahren** **eine** **Nachricht** **nicht** **von** **seiner** **Heimat** **gelangen** **ließ**, **wird** **andurch** **aufgefordert**, **binnen** **3** **Jahren** **seiner** **gegenwärtigen** **Aufenthaltsort** **anber** **anzugeben**, **widrigenfalls** **dieselbe** **verschollen** **erklärt** **und** **sein** **Vermögen** **in** **den** **fürsorglichen** **Erben** **mit** **Verfö** **genen** **gleichen** **Verfö** **in** **fürsorglichen** **Verfö** **überweisen** **werden** **soll**. Eabr, den 11. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Widens.**

3.g.298. Nr. 1610. Weinheim. (Aufforderung.) **Karl** **Theodor** **Böhringer** **von** **Leutenbach** **ist** **im** **Jahr** **1854** **mit** **seiner** **Ehefrau** **und** **drei** **minorerjährigen** **Söhnen** **nach** **Australien** **ausgewandert** **und** **seit** **8** **Jahren** **keine** **Nachricht** **von** **ihm** **eingegangen**. **Beide** **Beide** **haben** **sich** **nummehr** **an** **die** **Gerichtsbekanntmachung** **gewendet**, **damit** **seine** **Abwesenheit** **an** **unbekannten** **Orten** **anerkannt** **und** **er** **mithin** **für** **verschollen** **erklärt** **wird**. **Karl** **Theodor** **Böhringer** **wird** **nun** **aufgefordert**, **innerhalb** **3** **Jahren** **seiner** **gegenwärtigen** **Wohnung** **oder** **Aufenthaltsort** **anber** **anzugeben**, **widrigenfalls** **dem** **gestellten** **Befehle** **entsprochen**, **er** **für** **verschollen** **erklärt**, **und** **sein** **Vermögen** **in** **den** **nächsten** **Verwandten** **in** **fürsorglichen** **Verfö** **gegeben** **wird**. Weinheim, den 14. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Wüller.**

3.g.307. Nr. 2925. Durlach. (Verschönerklärung.) **Der** **ledige** **Eduard** **Bacher** **von** **Wiesloch** **ist** **seit** **der** **öffentlichen** **Aufforderung** **vom** **1. März** **v. J.** **innerhalb** **der** **festgesetzten** **Jahresfrist** **keine** **Nachricht** **von** **sich** **geben**, **so** **wird** **dieselbe** **für** **verschollen** **erklärt** **und** **sein** **Vermögen** **in** **den** **fürsorglichen** **Verfö** **seiner** **multumaligen** **Erben** **gegen** **Einkaufsleistung** **gegeben**. Durlach, den 16. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. **Gaupp.**

3.g.41. Nr. 65. Wosbach. (Aufforderung und Zahlung.) **Josef** **Baltenmeister**, **ledig**, von **Heidelberg**, **Buchhalter** bei **den** **Hafenbau-Unternehmern** **Schernitz** und **Steinboff** in **Stierburken**, ist der **Unterschlagnung** zum **Nachtheil** der **Erben**, und der **Fälligkeit** einer **Privatverfügung** zum **Nachtheil** des **Mezgers** **Gimber** in **Stierburken**, im **Gesamtwert** von **920 fl.**, **angefchuldigt** und **hat** **sich** **der** **Untersuchung** **durch** **die** **Finde** **entzogen**. **Gemäß** **§ 342** **Bff. 2** **der** **St. P. D.** **wurde** **durch** **Beschluß** **vom** **25. v. M., Nr. 42**, **dessen** **Vermögen** in **Verfö** **genommen**. **Dies** **von** **den** **fürsorglichen** **Angeschuldigten** **mit** **der** **Aufforderung** **bekannt** **gemacht**, **binnen** **14** **Tagen** **sich** **hierzu** **stellen**, **indem** **sonst** **nach** **dem** **Ergebnis** **der** **Untersuchung** **das** **Erkenntnis** **verfö** **werden**. **Zugleich** **ersucht** **ich** **die** **Polizeibehörden**, **auf** **den** **Angeschuldigten** **zu** **haben**, **im** **Vertragsfall** **ihn** **festzunehmen** **und** **hierzu** **einzuliefer**. **Zu** **diesem** **Zweck** **füge** **ich** **bei**, **daß** **dieselbe** **5'8" groß**, **kräftiger** **Statur**, **25** **Jahre** **alt**, **dunkelbraune** **Augen**, **dunkelbraune** **Haare** **und** **ein** **volles** **Gesicht** **mit** **vollem** **dunkelbraunem** **Bart** **hat**, **dunkle** **Kleider**, **einen** **Ueberzieher** **und** **einen** **grauen** **Hut** **trägt**. Wosbach, den 16. März 1866. <